cem suisse
Marktgasse 53, 3011 Bern
Telefon 031 327 97 97, Fax 031 327 97 70
info@cemsuisse.ch

Medienmitteilung

Bern, 16. Juni 2023

Bundesrat fördert die Abwanderung von Schlüsselindustrien für die Umsetzung der Klimapolitik

Im heute verabschiedeten Bericht zur Einführung eines Schweizerischen Grenzausgleichmechanismus und der Empfehlung gegen die Einführung solcher Massnahmen verpasst der Bundesrat eine Chance, die Klimapolitik in der Schweiz einen grossen Schritt vorwärtszubringen. Die Folgen für die betroffenen Industrien dürften gravierend ausfallen. Statt Konsequenz beim Klimaschutz erwartet die betroffenen Industrien nun Ungewissheit und ungleiche Wettbewerbsbedingungen mit dem Ausland – zu Lasten der Umwelt.

Die EU verfolgt mit ihrem ambitionierten «Fit for 55»-Paket die Weiterentwicklung des Emissionshandelssystem. Nebst einer höheren Absenkrate der zulässigen CO_2-Emissionen und dem Wegfall von kostenlos zugeteilten Emissionsrechten umfasst das Paket auch sogenannte Grenzausgleichmechanismen (CBAM), welche für die betroffenen Industrien gleiche Wettbewerbsbedingungen wie in Drittländern schaffen. So soll sichergestellt werden, dass die klimapolitischen Ziele erreicht werden können und nicht lediglich die Industrie ins nicht-europäische Ausland verlagert wird.

Mit dem Entscheid des Bundesrates, auf solche Ausgleichsmechanismen in der Schweiz zu verzichten, verpasst er es, den klimapolitischen Zielen der Schweiz Nachdruck zu verleihen. Der Bundesrat begründet diesen Entscheid mit den damit verbundenen aussenwirtschaftlichen Risiken und dem unsicheren Kosten-Nutzen-Verhältnis solcher Massnahmen. Die Annahme, dass die betroffenen Industrien ihr Produktionsniveau auch ohne CBAM halten können, entbehrt jeglicher Grundlage und wurde im europäischen Raum bereits mehrfach widerlegt. Zementimporte aus Nicht- EU-Länder in die EU vervierfachten sich seit 2016 bereits.

Der Bundesrat setzt mit diesem Entscheid mindestens implizit darauf, CO2-intensive Wirtschaftsaktivitäten aus der Schweiz ins Ausland zu verlagern, um damit die Klimabilanz der Schweiz auf Kosten weiterer Umwelteffekte und Teile der Wirtschaft zu beschönigen. Unternehmen in der Schweiz benötigen gleichlange Spiesse wie ihre Konkurrenten aus dem Ausland – das gilt auch für energieintensive Unternehmen. Es geht nicht an, klimapolitische Verschärfungen via Anpassungen im EHS vorzunehmen, ohne gleichzeitig entstehende Wettbewerbsverzerrungen für Schweizer Unternehmen zu korrigieren. Die Zementindustrie anerkennt die handelspolitischen Schwierigkeiten für Unternehmen, die bei einer Einführung von CBAM für Exportunternehmen in Nicht-EU-Länder entstehen würden. Gleichzeitig erwartet die Zementindustrie aber auch, dass der Bundesrat bzw. die Politik die Wettbewerbsverzerrung für

Marktgasse 53, 3011 Bern
Telefon 031 327 97 97, Fax 031 327 97 70
info@cemsuisse.ch

energieintensive Unternehmen in der Schweiz korrigiert, welche bei einer Verschärfung der Klimapolitik via Revision des Emissionshandelssystem entstehen.

Die Auswirkungen dieses Entscheides dürfte weitreichend sein. Nicht nur sehen sich die betroffenen Industrien mit ungleichen Wettbewerbsbedingungen und hohem Importdruck konfrontiert. Der Import von Gütern aus Ländern mit weniger ambitionierter Klimapolitik dürfte mittelfristig und global zu höheren Emissionen, Transportkosten, Druck auf die Verkehrsinfrastruktur und einer hohen Abhängigkeit vom Ausland führen. Eine solche Politik kann nicht im Interesse der Schweiz und des Bundesrats sein.

Für Ihre Rückfragen:
Dr. David Plüss, Leiter Kommunikation und Public Affairs
Telefon: 079 421 37 21 / E-Mail: david.pluess@cemsuisse.ch